

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. August 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, „Verammlung“, Vergütungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 88

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Die Danziger Generalversammlung, XVI. — Hamburgs Prinzipalität als Grobinquistor (Schluß). — Maschinenleger als Saboteure (neue Angriffe von Prinzipalsseite in der „Zeitschrift“). — Gau „An der Saale“.

Korrespondenzen: Wachen (L.-G.). — Adelsheim. — Anklam. — Erfurt. — Guben. — Kronach.

Ausblick: Ferien! — Genossenschaft für Ferien und Erholungsheime. — Neue Schwierigkeiten im Malergewerbe. — Zum Westarbeiterfreizug in Hamburg. — Statistik der Lebensmittelpreise.

Adressenverzeichnis der Verbandsfunktionäre und der Gehilfenvertreter.

Die Tätigkeit der paritätischen Tarifarbeitsnachweise im II. Quartale 1913.

Die Danziger Generalversammlung

XVI.

Die Tätigkeit der Zentralinstanzen in unserer Organisation — des Verbandsvorstandes und der „Korr.“-Redaktion — fand in Danzig eine Würdigung, die große Zufriedenheit der Mitglieder mit der geleisteten Arbeit zur Voraussetzung haben muß. Dabei wird nicht etwa kritiklos alles hingenommen, wie bezüglich der Organisationsleitung die Karlsruher und Steinhards Schmerzen, das Monitum betreffs des von der kritisierenden Stelle selbst verfahrenen Konflikts bei Soennecken in Bonn, der Wunsch nach erhöhter agitatorischer Tätigkeit durch Vorträge sowie das obliegende Verlangen nach ausführlicheren Rechenschaftsberichten erkennen lassen. Sind diese Anstände und Herzensbedrückungen an sich ganz geringfügig für einen zweijährigen Zeitraum, so wurden sie es durch die Art ihrer Motivierung noch mehr. Wenn dann aus der Delegierten Mitte selbst Korreferenten auftraten, so hatte es die Verbandsleitung noch leichter, den gemachten Ausstellungen, die tatsächlichen Verhältnisse und Vorgänge entgegenzuballen. Auch im „Galle Kaufmann“ drang der Verbandsvorstand mit seinem Standpunkte glatt durch. Zum Schluß der Generalversammlung ereignete sich dann das seit 1892 (Stuttgart) nicht erlebte Ereignis der einstimmigen Wiederwahl der geschäftsführenden Personen. Im Jubiläumsjahre des Berliner Verbandsregiments eine wohl verdiente Anerkennung.

Beim Verbandsorgan gab es diesmal gegen Hannover eine klein wenig umfangreichere Debatte, der teilweise der Stempel des Kleinlichen aufgedrückt wurde. Das von vielen Orten verlangte Obligatorium des „Korr.“ fand nur einen Vertreter. Die Mehrzahl der übrigen Redner verwarf es entschieden, weil das Verbandsorgan zu halten und zu lesen einfach jedes Verbandsmitgliedes Pflicht sei. Heute noch dröhnen uns Magrochis drastische Worte in das Ohr. Der Verbandsvorstand hält mit einer Auflage von 50000 das Obligatorium schon eingeführt und erklärte sich gegen die beantragte Engagierung der Organisation hierbei. Der Redaktionsvertreter stellte sich auf den gleichen Standpunkt, erhob aber keine Stimme für das ganz oder mitgliedchaftsweise Obligatorium, wie es sich so vielfach bewährt hat. Nach dieser Richtung sei auch bei dieser Gelegenheit wieder angesprochen und im besondern den Kollegen in Berlin ein noch stärkeres Abonnement auf den „Korr.“ empfohlen. Hat sich hier in den letzten Jahren auch viel gebessert, so ist ein wirklich befriedigender Zustand noch nicht ganz erreicht.

Die tatsächliche Haltung des „Korr.“ und die Arbeitsleistung der Redaktion fanden unumwunden Anerkennung. Freund und Feind — wenn man so sagen wollte — begegneten sich da in einer Ansicht.

Sa, sogar Kollegen, mit denen wir noch vor gar nicht langer Zeit kameradschaftliche Zusammenstöße hatten oder die kleine Beanstandungen glauben vorbringen zu müssen, bekundeten ihr volles Einverständnis mit der Art, wie der „Korr.“ die Interessen der Gehilfenschaft wahrnimmt. Kollege Steinhardt aber, bei seinen dreimaligen Generalversammlungsdelegationen immer der schärfste Kritiker am Verbandsorgan, brachte einen falschen Ton in die Debatte. Wir wußten, daß er mit dem Erzengel Gabriel der Redaktion ein großes Suhr rupfen wollte, und da er sonst nicht heranzukommen wußte, befand er die Sprache bestimmter Artikel zu schwülstig und deren Länge zu eitelhaft. Das zeichnete sich aus zweierlei Gründen nicht durch große Logik aus. Wenn jemand zehn Jahre lang mit seiner Arbeit den Inhalt des „Korr.“ in erheblichem Maße befreit, und alle drei vorher gegangenen leitenden Redakteure den betreffenden jemand gerade seiner Schreibweise halber zur Mitarbeit am „Korr.“ prädestiniert hielten, so zwar, daß er fünf Jahre vor seinem definitiven Eintritt in die Redaktion fester Mitarbeiter mit einem selbständigen Ressort war, dann kann die Steinhardsche Argumentierung doch wohl nicht stimmen. Und wenn man in Versammlungen wie auch in Danzig den angeschlagenen frischen Ton anerkennen, auf der Meber Prinzipalsagung aber die „zügellose Sprache“ des „Korr.“ verurteilen hörte, dann wird das mit der Ansicht des Kollegen Steinhardt auch schwerlich in Einklang zu bringen sein. Einem ernst strebenden Menschen wird kritiklose Verhimmelung immer zuwider sein. Aus einer sachgemäßen, den Dingen auf den Grund gehenden Kritik kann er dagegen nur Anregung schöpfen. Logik ist aber beim Kritizieren die Hauptsache.

Dann ging eine Klage dahin, der „Korr.“ beschäftige sich zu viel mit dem Gutenbergbunde. Wenn man ihm keine Beachtung schenke, werde diese Sumpfpflanze am ehesten dahinwelken. Diese Ansicht wurde, was besonders betont werden muß, allerdings von einer Seite verfochten, die in der glücklichen Lage ist, mit solcher gelben Garnison nicht in Berührung zu geraten, und von der wir wieder die Ansicht haben, daß sie die gemeingefährliche, auf die dummen wie die niedrigen Instinkte gerichtete Kampfesweise des „Typ.“ nur von schwachem Hörensagen kennt. Indes, dieser Meinung wurde von ebensowenig Unterrichteten durch Zwischenrufe zugestimmt. Das gerade Gegenteil vertrat Kollege Albrecht (Köln), der wohl schließlich ein kompetenter Beurteiler in dieser Verunreinigungsfrage ist. Er weiß es zu würdigen, daß der „Korr.“ am meisten dazu beigetragen hat, die bündlerischen Salme nicht in den Himmel wachsen zu lassen, und daß der Gutenbergbund trotz seines nun zwanzigjährigen Bestehens nur eine Gefolgschaft hat, die nicht imstande ist, die ja vom „Typ.“ selbst zugegebene Eigenschaft als Sicherheitsventil so zu betätigen, daß unser Gewerbe mit seinen hochentwickelten Einrichtungen sich auf der absteigenden Linie befindet. Die beste Widerlegung der in Sachen des Gutenbergbundes Vogelstraußpolitik Treibenden hat aber soeben auf der Bundesversammlung in Essen der Vorsitzende Thraner selbst geliefert. Er sagte nämlich, wenn es wahr werden sollte, was in Danzig erklärt worden sei, nämlich, daß der „Korr.“ sich künftig weniger mit dem Gutenbergbunde beschäftigen werde, dann wäre diesem damit sehr geholfen! Das heißt also,

wenn die bündlerischen Kreise nicht mehr durch das Verbandsorgan gestört werden, dann könne sich der Gutenbergbund besser entwickeln. Nun werden wohl unsere Kritiker einsehen, daß eine von Zeit zu Zeit erfolgende öffentliche Abreibung ein wohl geeignetes Mittel ist, das Im-Strüben-Fischen dieser Edelchristen am ehesten zu vereiteln. Daß der „Korr.“ in der Behandlung der bündlerischen Praktiken Maß zu halten weiß, hat übrigens unlängst der „Typ.“ selbst bekräftigt, indem er schrieb: „Sa, Schweigen ist für den „Korr.“ Gold“. Wir können auch mitteilen, daß unter den von Hannover bis Danzig abgelehnten 126 Artikeln die meisten sich mit dem Gutenbergbunde befassen. Bei den nicht aufgenommenen Korrespondenzen liegt das Verhältnis ebenso. Wir haben in Danzig die frühere stärkere Beschäftigung mit dem Gutenbergbunde keineswegs auf ein Bedürfnis der Redaktion zu dieser unreinen Arbeit zurückgeführt, sondern erklärt, daß die Verhältnisse zu dieser Notwendigkeit drängten. Darum ist auch in den vergangenen Jahre der Gutenbergbund im „Korr.“ häufiger zu finden gewesen. Der Mißbrauch von Parlamentstribünen zur Agitation für diese Zentrums-Gewerkschaft, die in Prinzipalskreisen aber mehr als gelbe Organisation Bewertung und Begünstigung findet, die erbärmliche Denunziation bei den Behörden durch die Broschüre „Buchdruckerzunft und öffentliches Interesse“, deren Rückwirkung wir so eklatant an dem Gutachten der Dresdner Gewerbekommission erleben konnten, und andre Vorgänge bedingten eine vermehrte Widerlegung dieser verlogenen Anwürfe. In diesem Jahr aber sind nur acht Artikel gegen den Gutenbergbund erschienen, von denen obendrein die Hälfte nicht auf das Konto der Redaktion kommt. Es liegt uns Material genug vor aus der neuen Zeit, wie in vom Zentrum beherrschten Orten und Druckereien gegen unsere Mitglieder gearbeitet wird und wie dabei meistens der Schleichweg der persönlichen Beeinflussung von Prinzipalen und Geschäftsleitern gewählt wird. Wenn wir trotzdem uns größere Reserve auferlegen, so leisten uns dazu das Bewußtsein, daß von jezt an auch an andern Stellen mit dem Gutenbergbund abgerechnet wird. Wir können die Vorkände und Kollegen in „verseuchten“ Gegenden daher nur nochmals bitten, in dieser Beziehung mehr Zurückhaltung der Leistungen zu üben. Das den Gutenbergbund belastende Material kann uns trotzdem zugeführt werden; wir werden dann unterscheiden, was zur öffentlichen Entgegnung und was zur anderweiten Verwendung sich eignet. Ein Freibrief ist mit der angeführten Erklärung in Danzig dem Gutenbergbunde keineswegs ausgestellt worden. Das mögen sich Thraner, Trefkert, Selber usw. ja nicht träumen lassen!

Dann sind noch die Artikelserien und der Umfang mancher Artikel kritisiert worden; es ginge wohl auch anders. Uns macht es Freude, auch damit die Anforderungen an den „Korr.“ gesteigert zu sehen. Denn wer in den früheren Jahrgängen blättert, wird nicht finden, daß die Häufigkeit von Artikelserien wie der Umfang bestimmter Abhandlungen größer geworden ist. In letzterer Beziehung haben wir einen früheren Rekord noch nicht erreicht. Auch in andern Gewerkschaftsblättern kommen größere Abhandlungen vor. So hat die „Holzarbeiterzeitung“ im Jahre 1907 durch 15 Nummern eine treffliche Artikelserie von Adolf Braun über „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“

gebracht, die dann als Broschüre herausgegeben worden ist und großen Anklang in der ganzen Arbeitererschaft gefunden hat. Wie also Ben Akiba sagt: Alles schon dagewesen! Aber es soll den geäußerten Wünschen nach Möglichkeit entsprochen werden, und so können wir hierdurch ankündigen, daß mit dieser Artikelserie auf voraussichtlich längere Zeit Schluß eintritt. Bemerkenswert ist aber, daß seit Jahren keine größere Abhandlung solche Anerkennung gefunden hat als die bekräftigte Artikelserie „Rückblicke und Ausblicke“.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir die in Danzig gestellte Bitte wiederholen, den „Korr.“ durch Fortfall überflüssiger sowie durch Einschränkungen nicht zu vermeidender Berichte über Festlichkeiten und ähnliche Veranstaltungen zu entlasten. Man lasse sich dabei mehr vom Allgemeininteresse leiten. Die andern dafür geltend gemachten Gründe sind in Danzig vorgebracht und aus dem Protokolle zu ersehen.

Das Vertrauen zur Redaktion, die es in diesen verwickelten Zeitaltern wahrlich nicht leicht hat, dokumentierte sich in der glatten Wiederwahl — gegen die bewußte eine Stimme.

Einer Ehrenpflicht ist in diesem Zusammenhange noch zu gedenken. An dem Vormittage, als der „Korr.“ zur Tagesordnung stand, lief aus Stuttgart die Trauerbotschaft ein, daß Kollege Moritz Schröder aus seinem arbeitsamen und wechselvollen Leben abberufen wurde. Kollege Schröder war in früherer Zeit ein eifriger, in den letzten Jahren gelegentlicher, immer aber ein gern gesehener Mitarbeiter des „Korr.“, dessen Hinscheiden auch von der Redaktion bedauert wird. Seine letzte Arbeit war im Januar dieses Jahres ein Lebensabriß für seinen Freund, den Verbandsreferenten Oskar Beckert. Moritz Schröder hatte vom Verbandsvorstande den ehrenvollen Auftrag erhalten, die in Köln bereits beschlossene Geschichte unserer Organisation zu verfassen. Dieser großen Aufgabe hat sich der Verstorbene trotz seines schon leidenden Zustandes mit dem ihm auszeichnenden Fleiß unterzogen. Im Februar 1912 aber mußte er auf ärztliche Anordnung diese mühsame und schwierige Arbeit einstellen. Bis zum Jahre 1867 hatte er das Werk gefördert und vor dem Anhang den größeren Teil fertiggestellt. Was der Kollege Schröder schon damit geschaffen, verdient hohe Anerkennung. Er war ein tüchtiger Historiker. Sein Keimgang bedeutet gerade in dieser Hinsicht einen Verlust für die Organisation.

gesellschaft. Red.) ist dieses Sachverhältnis eingehend geschildert worden, und die ganze Versammlung war durchaus auf unserer Seite. Wir Genossenschaftler stehen grundsätzlich auf dem Standpunkte, wo Tarife bestehen, treten wir bei, und daß die Gehilfen kein Recht haben, über den Tarif hinaus Forderungen zu stellen. Wir anerkennen eine weitgehende soziale Fürsorge, lehnen es aber grundsätzlich ab, nur ein Sota mehr uns abzuwingen zu lassen. Redner ging dann weiter auf den vorliegenden Fall und auf den geschlossenen Vergleich ein und führte die Gründe an, die zu dem Abschlusse des Vergleichs drängten.

Wir können nur nochmals sagen, diese Auslassung Kaufmanns ist so unklar, daß man sich keinen Vers darauf machen kann. Es hat den Anschein, als hätte der Leiter der Verlagsgesellschaft damit wieder seine und seiner nachgeordneten Organe Korrektheit dargetan. Man weiß aber, daß es über den Begriff der Korrektheit verschiedene Lesarten gibt. Es gibt eine Korrektheit, die das Handeln in irgend einer Situation völlig einwandfrei erscheinen läßt, und eine andre, hinter Formalien schub lachende, im Wesen der Sache aber ein Verfaßtes zeigende, das eine Differenz nur zu verhängnisvoll geeignet ist. Die Korrektheit Kaufmanns kann einem auf die Nerven fallen, ist nicht vom guten Willen zur Verhängung diktiert. Nach seinem Auftreten in der Hamburger Prinzipalsversammlung liegt dem Herrn Kaufmann mehr an gutem Einvernehmen mit Unternehmern als mit Arbeitern, die in dem von ihm geleiteten Genossenschaftsbetriebe beschäftigt sind. Da weder Herr Kaufmann noch Herr Steinhorst als wirkliche Prinzipale anzusehen sind, so erscheint ihr Verhalten in einem fragwürdigen Lichte.

Wir haben immer den Standpunkt vertreten und werden ihn auch immer einnehmen, daß die in einem Arbeiterbetriebe Beschäftigten die Kirche im Dorfe zu lassen haben, wie man zu sagen pflegt. Es dürfen nicht in einem solchen Unternehmen Anforderungen, gestellt werden, auf die in einem Privatbetriebe niemand kommen wird. Die Grenzen des Gewerbeüblichen müssen auch in Arbeiterbetrieben respektiert werden. Besonders Vorrechte zu statuieren, ist nicht angängig. Die „weitgehende soziale Fürsorge“ hat sich von selbst zu zeigen, wenn nicht ein Unterschied zwischen Theorie und Praxis konstatiert werden soll, was die Betroffenen ja nicht gerade in einem guten Lichte zeigen würde. Widen sich aber Mißstände heraus, so sollen sie in loyaler Weise abgestellt werden. Da haben beide Teile aufeinander Rücksicht zu nehmen, denn sie sind als Anhänger der Sache daran interessiert, daß diese nicht durch menschliche Schwächen in Mitleidenschaft gezogen wird. Der „Korr.“ hat sich noch nicht geheult, die Kollegen eines solchen Betriebes zu rüffeln und zur Besonnenheit aufzufordern, wenn sie nachweisbar gefehlt haben. Aber wir haben auch kein Blatt vor den Mund genommen, wenn die Leistung eines Arbeiterunternehmens den guten Willen vernünftigen, mit ihrem Personal sich ihr gebührender Weise zu verlässigen, oder wenn Allüren zu beobachten waren, gegen die auch in jedem andern Unternehmen Front gemacht wird. Wenn man auf unserer Generalversammlung von Anschauungen und Gespinnstereien auf Seiten der Leitung der Verlagsgesellschaft hören mußte, wie sie in andern Arbeiterbetrieben nicht anzutreffen sind — die durch die Geschäftsleitung der Verlagsgesellschaft verursachte Inaktivität des Arbeiterausschusses seit 1911 ist auch so ein Umstand —, und es kann konstatiert werden, daß in den Versammlungsberichten aus Hamburg darüber noch nichts zu vernehmen war, also in diesen Versammlungen davon wohl nicht die Rede gewesen ist, so liegt darin doch eine Rücksichtnahme der Gehilfen. Die Verlagsgesellschaft hat also keine Ursache, nun mit einmal ihr Buchdruckpersonal schwarz in schwarz zu malen. So ganz ohne Ursache sind derartige Differenzen niemals. Da in den Hamburger Artikeln der „Zeitschrift“ die Veröffentlichung der Tarifentscheidung in Sachen der Massenklündigung in vollem Umfang erfolgte, so kann ja auch gesagt werden, daß den Vertretern der Verlagsgesellschaft sehr gute Ratschläge vom Tarifamte mit auf den Weg gegeben wurden, wie solche Vorgänge zu vermeiden sind. Der Hamburger Konflikt hat also noch einen andern Haken als den der Klündigung resp. Entlassung einiger Kollegen wegen Nichtbeitritt zur genossenschaftlichen Unterstützungskasse. Wir würden das nicht erwähnen, wenn nicht der Hamburger Bezirksverein der Prinzipalsorganisation jene Veröffentlichung vorgenommen hätte, über welche Befugnis gewiß zu streiten ist. Da zudem die Hamburger Prinzipalsversammlung „einen erschöpfenden Bericht“ über diese Vorgänge und die geführte Aussprache in der „Zeitschrift“ verlangte, dieser aber, seinem etwas verpöbelten Erscheinen nach zu urteilen, zweifellos erst die Genehmigung der Leitung des Deutschen Buchdruckervereins zur Veröffentlichung finden mußte, so halten wir uns ebenfalls befugt, auf die vom Tarifamt erteilten Ratschläge hinzuweisen.

Herr Brotschek ignorierte in der Hamburger Prinzipalsversammlung als scheidender Staatsanwalt. Es mag zugegeben werden, daß der in vergangenen Jahr in seiner Druckerlei vorgekommene Konflikt bei ihm eine Gereiztheit hinterlassen hat. Das Tarifamt hat damals auch gegen das „Fremdenblatt“-Personal entschieden. Daraus hätte in Hamburg auf Beschleunigung eine bessere Lehre gezogen werden sollen. Konflikte, die sich unter Umständen abspielen wie in der Verlagsgesellschaft und im „Fremdenblatt“, sind nur zu sehr geeignet, bei der andern Partei Entflammungen auszulösen, die als Scharfmacher schnell Kurswert erlangen. Es hat eben alles seine Ursache. Bei einem impulsiven Vorgehen wird nie an die nachhaltende Wirkung gedacht. Das ist eine Kurzsichtigkeit, die hitzen und drücken zu konstatieren und zu beklagen ist, die Gewerkschaftsleitungen aber immer in eine unangenehme Situation bringt. Man kann doch in der Be-

hebung von Differenzen bei unsern gewerblichen Einrichtungen wahrlich besser zum Ziele gelangen.

Es will uns aber dünken, daß Herr Brotschek auch sonst viel Schmeid zu eigen ist, und daß er dadurch manchmal offene Türen einrennt. Wie er sich nach sechs Wochen, in welchem Zeitraume sich selbst eine große Erregung gelegt haben kann, der Sache der Verlagsgesellschaft angenommen hat, ist in höchstem Grade charakteristisch für die Objektivität, die seit Jahr und Tag in Prinzipalskreisen beachtet werden kann. Da werden von ihm — und aus dem Echo der Versammlung schallt es ebenso heraus — „grobe Tarifverletzungen“ einzelnen Gehilfenfunktionen in Hamburg vorgeworfen und von dem Personale wird gefagt, daß es mit seiner Klündigung vor dem Schiedsgerichtsverfahren „grob tarifwidrig“ gehandelt habe. Diese Vorwürfe kehren in etlichen Variationen wieder. Davon aber, daß der Verlagsgesellschaft von dem Hamburger Tarifschiedsgericht am 2. Mai befeinhängt worden ist, daß die vorgängige Entlassung von drei Sehern wegen Nichtbeitritt zur Unterstützungskasse eine tarifwidrige Handlung ist, kann man kein Wort in den beiden „Zeitschrift“-Artikeln entdecken! Herr Kaufmann also, der zuerst unkorrekt gehandelt, ging bei Herrn Brotschek wie bei der ganzen Hamburger Prinzipalsversammlung frei aus! Weiter: Dem Personale ist in jener Versammlung der gute Glaube bei der Gesamtklündigung einfach abgeprochen worden, Herr Kaufmann scheine die Prinzipale ihn aber zugebilligt zu haben. Wie indes aus einer uns vorliegenden Rechtfertigung der Verlagsgesellschaft vom 7. Mai an die Gewerkschaftsvorstände in Hamburg hervorgeht, weiß Herr Kaufmann in Tarife wie im Organisationsvertrage so vorzüglich Bescheid, daß er über den § 10 Abs. 2 des Tarifs gar nicht im unklaren sein konnte. Er ist es auch nicht gewesen! In der Sprache jener Hamburger Prinzipalsversammlung hat er also gleichfalls „grob tarifwidrig“ gehandelt, indem er die drei Kollegen entließ. Darüber schreibt die Hamburger Grohinquision aber glatt hinweg! Man ist so „objektiv“, den, der zuerst sündigte, einfach freizusprechen, den andern Teil aber, der nachher sehte, um zu schwerer zu verurteilen. Ein solches Gerichtsverfahren verdient denn doch „angeprangert“ zu werden, um in der Sprache der „Zeitschrift“ zu reden.

In der vorigen Nummer bemerkten wir schon, daß, wie aus der „Zeitschrift“ hervorgeht, die Verlagsgesellschaft nach erfolgter Massenklündigung sofort den Hamburger Vorstand der Prinzipalsorganisation alarmierte, der bei der Leitung in Leipzig telegraphisch Beschwerde erhob, die wieder den Verbandsvorstand auf dem Drahtwege von den Vorgängen in Hamburg in Kenntnis setzte, der sich dann ebenfalls telegraphisch mit dem Sawortrat in Hamburg in Verbindung setzte. Das alles geschah auf Grund des Organisationsvertrages. Herr Kaufmanns so peinliche Korrektheit gestattete aber nicht, zu gleicher Zeit an unsern Verbandsvorstand heranzutreten. „Man erkannte“ in der Hamburger Prinzipalsversammlung an, daß der Verbandsvorstand bei den Einigungsverhandlungen mit der größten Sachlichkeit sich um eine Verständigung bemühte, und empfand auch Beugung darüber, daß auf unserer Generalversammlung in Danzig die Affäre ebenfalls eine sachliche Behandlung erfuhr. Herr Kaufmann aber, der Leiter eines Unternehmens, das fast durchweg auf der Mitgliedschaft von Arbeitern begründet ist, vermochte den Weg zu der als sachlich urteilend bekannten Vertretung der in Betracht kommenden Arbeiterschaft nicht zu finden! Ja, als unser Verbandsvorstand die Gewerkschaft in Hamburg nach Ausbruch des Konflikts beauftragte, an die Verlagsgesellschaft heranzutreten, daß der Ablauf der Klündigung um eine Woche hinausgeschoben werde, da lehnte Herr Kaufmann nicht nur das ab, sondern — zunächst — auch, in der Sache mit dem Verbandsvorstande zu verhandeln! Für eine solche „Korrektheit“ des Leiters eines Arbeiterunternehmens wird wohl nirgends Verdächtig vorhanden sein, die Hamburger Prinzipale ausgenommen.

In der Hamburger Prinzipalsversammlung ist auch mehrmals von dem „durch tarifwidriges Verhalten des andern Kontrahenten“ entstandenen Schaden gesprochen. In Zukunft müßten die Organisationen dafür haften, ergo seien die Bestimmungen des Organisationsvertrages zu verschärfen. Wir wollen über diesen „Vorschlag zur Güte“ hier nicht sprechen, gegebenenfalls hätte der Verband auch Wünsche, was in seinem Interesse resp. dem der Gehilfen mehr gelegen wäre. Aber im Falle Kaufmann von einem durch das Verhalten der Gehilfen erwachsenen Schaden zu reden, ist gar nicht angängig. Wenn den Herren Kaufmann und Genossen daran gelegen gewesen wäre, sich billig aus der Affäre zu ziehen und zu einem akzeptablen Friedensschlusse zu gelangen, dann hätten sie nur den Vorschlag unser Verbandsleitung zu befolgen brauchen und die Klündigung weiterlaufen lassen. Inzwischen wäre bestimmt eine Einigung erzielt, und das „zur beiderseitigen Zufriedenheit“ wohl noch eher. Eine Betriebsunterbrechung wäre so ganz leicht zu vermeiden gewesen und hieherlicher Schaden entstanden. Aber das hat Herr Kaufmann nicht gewollt, sondern den Antrag unser Verbands einfach abgelehnt! Man hätte in diesem Falle, wo es doch galt, eine Schädigung des von ihm geleiteten Betriebs abzuwenden, denn doch ein andres Verhalten erwarten dürfen. Jeder Besitzer eines Privatbetriebs hätte in diesen Vorschlag gewilligt und so seine Interessen besser wahrgenommen. Die Fermenten in der Hamburger Prinzipalsversammlung über den verursachten Schaden sind also recht deplaciert.

Unters Erachtens lag für die Hamburger Prinzipale auch keine Veranlassung vor, sich über die Massenklündigung gar so sehr aufzuregen. Daß damit ein Fehler gemacht worden ist, hat der Obmann der Vertrauensmänner der Verlagsgesellschaft in Danzig unumwunden zugegeben, und die Generalversammlung wie die Verbandsinstanzen haben

Hamburgs Prinzipalität als Großinquisitor

(Schluß.)

Herr Brotschek, der Hamburger Kreisvorsitzende des Deutschen Buchdruckervereins, machte den Referenten in jener Versammlung über den „Fall Kaufmann“. Ist es, wie schon im ersten Artikel gesagt, verwunderlich, daß ein an einem Verhängnisverfahren Beteiligter eine erledigte Sache wieder aufgreift und, wie in diesem Falle geschehen, zu einer Staatsaktion macht, so ruff die Art und Weise dieses Vorgehens nicht geringes Erstaunen hervor.

Zunächst gibt die Tatsache, daß eine Unternehmerversammlung lebhaft Klage erhebt, daß die Geschäftsleitung eines Arbeiterbetriebs „für das ihr in der Öffentlichkeit zugelegte schwere Unrecht auch nicht die geringste Genugung erhalten“, daß vielmehr „alle Personen, ohne Ausnahme, wieder auf die gehabten Nähe gestellt“ werden mußten, zu Betrachtungen Anlaß, die auf die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine bzw. ihre Leiter ein eigenartiges Licht werfen. Man hat ein solches Interesse einer Arbeitsgebervereinigung für ein Arbeiterunternehmen noch nicht erlebt! Wenn einmal Differenzen zwischen Leitung und Personal eines Arbeiterbetriebs vorkamen, war nur Schadenfreude in der Unternehmer- oder in der Tagespresse wahrzunehmen. Hier ist es anders. Hier ist eine Anteilnahme zu konstatieren auf Unternehmerseite „als wär's ein Stück von mir“, wie es in dem Liebes vom guten Kameraden heißt. Die nachstehende Schlussfolgerung, daß die beiden Kaufmann und Steinhorst gute Kameraden der so forsch ins Zeug gehenden Hamburger Prinzipale sein müssen, findet auch Bestätigung, indem die gedachten beiden bei der Provokation der Gehilfenschaft durch jene Versammlung zugegen waren. Der Leiter der Verlagsgesellschaft führte in jener Versammlung aus:

Herr Kaufmann gab noch einmal eine Darstellung des Sachverhalts hinsichtlich der Massenklündigung der Gehilfen und erklärte weiter die Einrichtung der Unterstützungskasse und Pensionkasse. Es könne keine Rede davon sein, daß ein Genossenschaftsbetrieb mehr Rechte habe als ein anderer Betrieb. In einer kürzlichen Generalversammlung Gemeint ist die Tagung der Verlags-

sich in ihrem Urteile ja auch nicht auf die Seite des Personals gestellt und das Breitreten des Konflikts in der Tagespresse ebensomöglich gebilligt. Aber es würde sich auch für die Prinzipalitätsinstanzen empfehlen, mehr auf das Unterbleiben von Massenkundigungen hinzuwirken. Sind doch laut Geschäftsbericht des Tarifamts für 1911/12 in diesem Zeitraume sechs Gesamtkündigungen von Prinzipalen erfolgt, denen von Gehilfen zwei gegenüberstehen. Warum wird da nicht auch von „ungehörigen und unüberlegten Handlungen“ gesprochen? Nicht auch gesagt, daß mit solchem Vorgehen dem Gedanken der Tarifgemeinschaft nicht gedient wird?

Von den Hamburger Prinzipalen wird dem Personale der Verlagsanstalt die Klein Schuld zugeworfen, während aus alldem von uns Angeführten unzweifelhaft dem Herrn Kaufmann und seinen Assistenten der größere Teil der Schuld zufällt. Wir sind objektiv genug, nicht für völlige Freisprechung unserer Kollegen zu plädieren, treten aber in weitem Maße für Subtilisierung mildernden Umstände ein, denn die Ursache liegt bei den Leitern der Verlagsgesellschaft, wodurch sie auch für die Folgen hauptsächlich verantwortlich zu machen sind.

Aber nicht nur bei den Hamburger Prinzipalen ist, wie veranschaulicht worden, eine starke Begriffsverwirrung eingetreten, sondern die hat auch sonst in Prinzipalstreifen Platz gefunden. Wir haben in Nr. 61 der „Zeitschrift“ selbst vorkommen müssen, daß sie in dem Hamburger Falle von vertragsbrüchigen Gehilfen spreche, obwohl gar kein Vertragsbruch vorliegt, denn die Kündigungsklausel wurde allgemein eingehalten. Auch drückten wir unsere Verwunderung darüber aus, daß das Prinzipalorgan an der Handlungsweise des Herrn Kaufmann gar nichts auszu- setzen fände, obwohl diese doch auch vom Schiedsgericht als tarifwidrig bezeichnet wurde. Ferner bedeuteten wir der „Zeitschrift“, daß von einem Streik hier gar nicht zu sprechen sei, und daß sie Massenkundigung und Vertragsbruch irrtümlich in einen Topf werfe, was Unkenntnis des § 5 zur Voraussetzung haben müsse. Nun hat in der Nummer vom 25. Juli die „Zeitschrift“ es gar fertig gebracht, in einer Notiz die wilden Streiks der Werftarbeiter mit der durch die Verlagsgesellschaft in Hamburg ja erst provozierten Gesamtkündigung unserer Kollegen auf eine Stufe zu stellen. Dergleichen fähig machende Anschauungen konnte man in der letzten Zeit mehrfach zur Kenntnis nehmen. Wir iparen uns Betrachtungen darüber auf, wollen es diesmal mit der „Ansprangerei“ dieser erfau- lichen Begriffsverwirrungen bewenden lassen.

Wir sind nun gespannt, was aus der von Hamburg aus betriebenen Mobilmachung der Prinzipalität im Falle Kaufmann werden wird und sind auch begierig, wie dieser Herr seine recht eigenartige Rolle weiter spielen wird. Seine ganz sonderbare Auffassung über den Fonds für besondere Zwecke, die man über dem vergangenen Jahres kommen lernte, ist nun um eine für ihn peinliche Episode vermehrt worden. Die Hamburger Grohinauktion versteht aber ihr Meistert schlecht. Das dürfte auch anderswo eintreten. Wer so einseitig verfährt, kann keine moralischen Eroberungen machen. Der Tarifvorberatungsanschuß der Prinzipale, dem man diese erledigte Angelegenheit eines Arbeiterbetriebs gar noch überweisen hat, wird keine Vorbeeren dabei ernten. Wie man aber diese für ihre Urheber brennliche Sache auch weiterbetreiben wird: einer scharfmarcherischen Aus- beutung wird der Verband zu begegnen wissen!

□ Maschinenfeger als Saboteure □ Neue Angriffe aus Prinzipalstreifen in der „Zeitschrift“

Die Sehmachmaschine und vor allem die Maschinenfeger haben es in letzter Zeit einer Reihe von Fachleuten ange- tan, ihre sogenannten Erfahrungen aus der Praxis in der „Zeitschrift“ in Form von Artikeln niederzulegen. So u. a. der „Montagefachmann“ Wiederanders, dann ein weiterer Fachmann, der in seinem Artikel „Hände und Maschinen- feger“ Ansticheln aufzudeckerte, daß er selbst in der „Zeitschrift“ abgeführt wurde. Waren diese beiden Herren „Fachleute“ im großen und ganzen harmloser Art, so be- rührt doch der dritte im Bunde, seines Zeichens Leiter einer Druckerei mit Sehmachmaschinenbetrieb, ein Gebiet, das zu betreten schon der Konsequenzen wegen recht bedenklich ist. Dieser Herr läßt unter dem Titel „Mucken der Sehmachmaschine und der Maschinenfeger“ in Nr. 59 der „Zeitschrift“ einen Aufsatz vom Stapel, mit dem er glaubt „im Sinne vieler zu sprechen“, der aber zu schärfsten Proteste seitens der Maschinenfeger herausfordert.

Der Artikelschreiber behandelt das Gebiet der Störungen an den Sehmachmaschinen und sucht deren Ursachen zu ergründen und sagt da u. a.:

„Nehmen wir einmal den Fall an: Ein an und für sich wenig gewissenhafter Maschinenfeger wird gekündigt aus irgend einem Grund. Er kumt auf Rache gegen den bösen Prinzipal, der ihn „ohne Grund“ entlassen will. Da gibt es denn viele, viele Anknüpfungspunkte an der Maschine, die zwar augenblicklich nicht bemerkt werden, aber nach drei oder vier Wochen in die Erscheinung treten. Da läßt sich dort ein Schraubchen lockern und hier eine Feder entspannen; kurz, es sind Tausende von Gelegenheiten geboten, die dem Prinzipal an den Gabeln gehen. Daß diese Manipulationen natürlich auch den höchsten Grad von Gewissenlosigkeit darstellen, ist klar; die Praxis lehrt aber, daß sie nicht zu den Selbstenheiten gehören.“

Nun, die „+“ Maschinenfeger sind ja schon vieles gewöhnt, und wenn sie über viele Angriffe mit stiller Ge- lassenhaft hinweggehen, so lag das eben an der Ruhe, die ihnen eigen ist und sein muß, um als Herren des Mechanis-

mus der Sehmachmaschinen sowie als Seher ihre Schuldigkeit tun zu können.

Aber in so offener Weise die Maschinenfeger ganz allgemein der Sabotage zu bezichtigen, das über- trifft alles bisher Dagewesene. Das muß zum schärfsten Proteste herauszufordern, ist doch der Vorwurf der Sabotage der schwerste, der uns Buchdruckern angeht, und un- fasslich die Arbeitsverhältnisse gemacht werden kann. Es stellt in der Tat „den höchsten Grad von Gewissenlosigkeit“ dar, in der Weise gegen eine Gruppe unseres Gewerbes vorzugehen, sie unter gewissen Umständen der Verübung von Missetaten zu bezichtigen, die in Deutschland zum Glück sehr selten vorkommen. Ich glaube, die übrige Buch- druckergewerkschaft wird sich diesem Proteste der Maschinen- feger voll anschließen.

Und was führt der Artikler als Beweis für seine Behauptungen an? Nichts, als aus deren Hervorhebung man auf die sachmännliche Begabung dieses Herrn schließen kann: Die kleinen Antriebsriemen der Gummiwalzen wären verkehrt angebracht gewesen (in der Praxis ist es nur bei dem längeren Riemen möglich); ein Versehen, das in der Gile auch bei Maschinenfegern vorkommt, die noch nicht die Kündigung in der Tasche haben. Auch das Magazin soll verstellt gewesen sein. Ist denn dem Artikelschreiber als Sachmann ganz unbekannt, daß Magazinveränderungen sich ohne Zutun des Sehers einstellen? Daß nach längerem Gebrauche der Maschine durch die ständige Erschlüftung sich große und kleine Schrauben lockern, an welche Mög- lichkeit kein Mensch denkt? Werden denn die Magazine besser davon, wenn an den Maschinen viel gewechselt werden muß? Und ist es nicht gerade auch der häufige Magazinwechsel, der Anlaß zu Standveränderungen des- selben gibt?

Das sind die „Beweise“, die dem „Zeitschrift“-Artikler Veranlassung gegeben haben, den Maschinenfegern den ge- dachten schweren Vorwurf zu machen. Er beweist dadurch einmal, daß seine Behauptungen vollkommen haltlos sind, und das andre Mal, wie weit es mit seiner Kenntnis des Sehmachmaschinenfaches her ist und reißt sich damit seinen Vor- gängern würdig an. Die Redaktion der „Zeitschrift“ aber braucht sich nicht zu wundern, wenn nach solchen Ergüssen und andern Artikeln der letzten Zeit in weiten Prinzipal- kreisen das Bedürfnis herrscht, nur einmal statt jetzt zwei- mal pro Woche ihr Organ erscheinen zu sehen.

Nun noch einiges über die Störungen an den Sehmachmaschinen und die Stellung der Maschinenfeger dazu.

Ich selbst verfüge über eine 15jährige Praxis als Ma- schinenfeger und bin seit längerer Zeit Leiter einer Sehmachmaschinenabteilung, in der 24 Kollegen tätig sind. Aber auf Grund meiner Erfahrungen kann ich nur sagen: Nichts ist dem Maschinenfeger peinlicher als eine Panne an seiner Maschine!

Bei den heutigen tariflichen Verhältnissen in bezug auf Leistungen ist jeder Kollege froh, wenn ihm zur Erreichung seines Bestrebens der „Eisener“ nicht im Wege läßt. Gerade die Störungen sind es, die einerseits den Seher bei der Firma in Mißkredit bringen, andererseits viele Kollegen veranlaßt haben, zum Kasten zurückzukehren.

In den meisten Geschäften rechnet man überhaupt nicht mit Störungen an der Sehmachmaschine; bei Aufstellung derselben entläßt man die entsprechende Anzahl von Hand- sehmachern, deren Pensum nun die Maschine zu leisten hat, und wenn der „Eisener“ einmal auspausert — besonders immer zu einer Zeit, wo es am eifrigsten ist —, dann ist natürlich Polen offen: die Schuld bekommt vor allem der Maschinen- feger.

Verlangt man denn, von einem so feuren Instrument und einem so feingliedrigen, zu Störungen neigenden Mechanismus („Zeitschrift“ Nr. 42), daß es Tag für Tag, meist in Doppelschicht, zur Zufriedenheit arbeitet? Das neue Zeile-Verzeichnis der Anstalt weist auf 55 Blatt ungefähr 3000 Maschinenteile auf, die zu einer Linotype gehören, woraus man sich eine Vorstellung von dem komplizierten Mechanismus dieser Maschine machen kann. In unserm Gewerbe existiert keine Maschine, die so intensiv ausgenutzt wird wie die Sehmachmaschine; man vergleiche nur einmal die Arbeitsweise der robusten Druck-, besonders der Rotationsmaschinen mit der der Sehmachmaschine. Solche Ruhe- pausen, wie sie an diesen Maschinen eintreten, wären auch dem „Eisener“ sehr nützlich.

Wenn unter solchen Arbeitsbedingungen nach einiger Zeit sich an der Sehmachmaschine Reparaturen und Nach- bestellungen notwendig machen, so ist das nicht weiter ver- wunderlich; nur ist der Kollege nicht gerade zu be- neiden, der zu einer solchen Zeit an der Maschine arbeitet. Man wird ihm nachzuweisen versuchen, daß die Repara- turen noch nie so viel gekostet haben als während seiner Tätigkeit, ohne dabei zu bedenken, daß es bei jeder an- dern Maschine genau so ist.

Ich möchte einmal die Sehmachmaschinen in Deutschland sehen, die sich in einem Zustande befinden, der zu Aus- stellungen keinen Anlaß gibt; es werden ihrer nicht zu viel sein. Ist das Erstaunen der in der Druckerei kom- menden Monteur groß, wie es möglich ist, mit solchen Karren noch zu arbeiten. In diesen Fällen ist es der Maschinenfeger, der die Maschine „auf dem laufenden“ hält, der mit allen Mitteln, unter Zuhilfenahme von Schloßern usw. am Orte, versucht, Nachbestellungen zu vermeiden, weil die Erfahrung lehrt, daß es immer einige Zeit dauert, bis die Ersatzteile eintreffen, und daß an- geschichts der Kosten dem Maschinenfeger geraten wird, zu versuchen, ob nicht auf diese oder jene Weise die Be- stellung vermieden werden kann. Ein großer Teil der Maschinenfeger geniert sich auch, in Anbetracht der enormen Preise für Ersatzteile — die den Apostrophenpreisen um eine Vierbelange voraus sind —, bei der Firma vorstellig zu werden; man billigt sich selbst, soweit es noch möglich ist.

Verläßt nun der Maschinenfeger, der der Maschine seinen Geist eingehaucht hat, daß sie arbeite nach seinem Willen, seine Stellung, und ein anderer Kollege tritt an den „Eisener“, so ist es klar, daß der neue Mann nicht recht vom Flecke kommt. Dann heißt es entweder, er ist nicht leistungsfähig, oder, wie der Artikelschreiber in der „Zeitschrift“ die Sitrne hat zu behaupten: Der fortgegangene Kollege hat „dort ein Schraubchen gelockert und hier eine Feder entspannt“. Es bleibt nun dem neuen Maschinen- feger nichts weiter übrig, als sich die Maschine seiner In- dividuallität nach einzurichten; und wie in Druckereien mit öfterem Wechsel die Sehmachmaschinen aussehen, kann man sich leicht ausmalen.

Wenn von den deutschen Maschinenfegern einmal an die Prinzipale das Verlangen gestellt würde, die Sehmachmaschinen in den Zustand zu versetzen, den sie bei der Auf- stellung aufwiesen, so würden sie sich den Dank der Sehmachmaschinenfabriken erwerben. Ein besseres Geschäft könnten diese gar nicht machen!

Lediglich den technischen Fähigkeiten der Maschinen- feger ist es zu danken, wenn heute noch Maschinen nach jahrzehntelanger, meist doppelschichtiger Ausnutzung zur Zufriedenheit arbeiten; ein Moment, das einsichtige, er- fahrene Prinzipale auch nicht außer acht lassen. Deshalb ist es geradezu unerhört, in der „Zeitschrift“ einen Artikel mit solchen Anrempfungen der Maschinenfeger zu finden, der zum Schluß noch einen Fall eines Maschinenfegers an- führt, „um zu zeigen, wie Moral und Gewissenhaftigkeit zuweilen aussehen“. Nun, wenn es darauf ankäme, fest- zustellen, wie es um die gleichen Eigenschaften bei den Herren von der Sparte des Artikelschreibers aussieht, so dürfte es bei diesem einen Falle wohl nicht bleiben. . . .

Wenn man solche Artikel in Prinzipalorganen findet, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier nach einem gewissen Systeme gearbeitet wird. Daß der- artige Auslassungen bei der andern Seite nicht unbeachtet gelassen werden, ist selbstverständlich. Man darf sich also nicht wundern, wenn im Gehilfenorgan eine schärfere Tonart angeschlagen wird, die man früher im Verkehre mit dem Prinzipalblatte nicht kannte. Und das von Rechts wegen!
Argos.

□ □ □ □ Gau „An der Saale“ □ □ □ □

Die 38. Delegiertenversammlung fand am 13. Juli in Dessau im „Livol“ statt. In diesem Jahre kann unser Gau auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlasse ging den Verhandlungen ein wirbig ver- lausener

Gefestus

vorans. Das schöne Lokal der Dessauer Arbeiterschaft war aus diesen Grunde prachtvoll dekoriert. Hierzu läßt noch, daß der „Ortsvorsteher“ Dessau, Gleichzeitiger „Lehrer“ dießorts, Johanneßfest feierte. Der große Saal war jedoch für den Gefestus und die Verhandlungen reserviert.

Das Dessauer Stadtvorsteher leitete den Gefestus mit dem „Jubiläumsmarsch“ von Teike ein. Hierauf sang der Dessauer „Gutenberg“ unter der Direktion des Kollegen Ringner die „Gefesthymne“ mit Orchesterbegleitung von Schweichert und entse für die ausgezeichnete Wiedergabe reichen Beifall. Nachdem dann Kollege Ringner die zahl- reich Anwesenden, insbesondere den Kollegen Böblin herzlich willkommen geheißen, ließ auch das Gewerkschafts- kartell die Tagung begrüßen. Hierauf nahm Gauvorsteher König das Wort, um die wichtigsten Ereignisse und Be- schüsse, die im Laufe der Zeit unser Gau und seine Mit- glieder berührten, in die Erinnerung zurückzurufen. An der freibeitlichen Bewegung in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatten auch die Gehilfen unres Gausgebiets tätigen Anteil und ließen sich auf der Nationalversammlung in Mainz im Jahre 1848 durch einige Kollegen vertreten, deren späterer Erfolg die Bildung des (früheren) Guten- bergbundes und die Gründung von Zweigvereinen in Halle und Magdeburg war. Aber nicht lange konnten sich die Buchdrucker ihres Erfolgs freuen: der eifige Hauch der Reaktion legte sich auf den grünen Baum gewerkschaftlicher Tätigkeit und es folgte die politische Schließung des Bundes und seiner Zweigvereine im Jahre 1850. Trotz Aufhebung des Verbots konnte sich der Bund doch nicht wieder recht erholen. Nach mehreren verlorenen Kämpfen brach sich dann der Gedanke, daß nur eine um- fassende Organisation helfen könne, unaufhaltsam Bahn, und als 1866 in Leipzig der Grundstein zu unserm Verbaude gelegt wurde, waren auch Magdeburg, Halle und Merse- burg durch Delegierte vertreten. Es wurden nimmehr die Gauverbände „Magdeburg“ und „An der Saale“ gebildet; aber der Beifall, mit den lokalen Vereinigungen recht behusam umzugehen, hatte zur Folge, daß man sich erst nach einigen Jahren offiziell dem Verband anschloß. Im November 1871 hatte Halle eine verkrachte Tarifbewegung, und weil der Saalgau hier keinen Stützpunkt verloren hatte, erfolgte am 1. Januar 1872 die Abgabe an den Gau „Magdeburg“. 1873 nahm dieser ein frauriges Ende. Der zu Pfingsten stattgehabte Gauslag beschloß sich mit der Neubildung bzw. mit dem Anschluß an einen andern Gau. Es wurde die Neugründung des Gauverbandes „An der Saale“ mit dem Sitz in Halle beschlossen. Dieser denkwürdigen Tagung wohnte „der alte Härte“ bei. 1875 zählte der Gau in 25 Orten 142 Mitglieder. Bei 468 Mit- gliedern wurde 1892 der Gauverband ange stellt. 1899 hatte der Gau das erste Tausend Mitglieder erreicht, dem 1908 das zweite Tausend folgte. Nachdem dann im Jahre 1909 die Anstellung des Gauvorstehers erfolgt war, wurden Ende 1912 in 100 Orten 3047 Mitglieder gezählt. Es sei dieses eine stattliche Anzahl von alten und jungen Streikern, die bereit sind, ihr Bestes einzusetzen für das Wohl der

Allgemeinheit. Der Gau habe stets als würdiges Glied im Ganzen gestanden und sich immer als ein freier und fleißiger Mitarbeiter an unserm großen gemeinsamen Werk erwiesen. Wir wollen in dieser Stunde auch aller derjenigen gedenken, die sich selbstlos in den Dienst der Sache stellten und wünschten, daß es dem Gau niemals an Männern fehlen möge, die bereit sind, auf den altbewährten Wegen weiter zu wandeln!

An diese geschichtlichen Darlegungen schloß sich die Festrede des Kollegen Döblin, die lebhaften Beifall hervorrief. Er beglückwünschte den Gau zu diesem Jubiläum, der sich als würdiges Glied des Verbandes große Verdienste erworben habe. In seinen Ausführungen feierte er den Idealismus derjenigen Kollegen, die als erste die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkannten und die Gründung des Verbandes herbeiführten. In alter Treue habe sich dieser Idealismus erhalten und durch gemeinsames Handeln sei ein großes Stück Kulturarbeit verrichtet. Lange Zeit fand der Verband für seine Bestrebungen in der Arbeiterbewegung kein Verständnis, und auch das Unterfertigungsweesen als Bindungsmittel hat große Anfechtungen erfahren. Der zurückgelegte Weg war daher recht dornenvoll. Jetzt könne mit Genugtuung konstatiert werden, daß fast allgemein den Spuren des Verbandes gefolgt wird. Der bei uns Gemeintut gewordene Reichscharif erscheine jetzt auch den andern Organisationen als erstrebenswertes Ziel. Döblin hob ferner hervor, daß auch die politische und die religiöse Neutralität zu der Stärke des Verbandes beigetragen haben und skizzierte die verbandsmäßig und tarifrechtlichen Bestrebungen in den Kreisen der schärfmachersischen Unternehmer innerhalb und außerhalb des Gewerbes. Dann wies er auf die Polizeimaßnahmen hin, denen die Arbeiterbewegung bisher ausgeheft sein wird und in Zukunft vielleicht in verschärftem Maß ausgeheft sein wird. Hierauf streifte er die Solidarität des Unternehmertums, die letzte Tarifrevision und die dabei befolgte Taktik. Das Jubiläum sei angefallen, sich der Erfolge zu freuen und zu geloben, auch fernerhin auf dem Felsen zu sein. Mit auffeuernden Worten ersuchte er besonders die jungen Kollegen, die die großen Kämpfe nicht durchgemacht haben, zu reger Mitarbeit am Verbandesleben, da sie dazu berufen seien, die Prinzipien des Verbandes und die von ihm vertretenen Gedanken hochzuhalten, die ihn so groß und stark gemacht haben. Mit dem Wunsch auf gute Weiterentwicklung des Gaus forderte der Redner alle auf, an dem gemeinsamen Werk und zum Wohle der Allgemeinheit in bisheriger Weise weiterzubauen.

*

Für diese beherzigenswerten Ausführungen sprach der Gauvorkseher dem Kollegen Döblin den besten Dank aus und eröffnete um 12¹/₄ Uhr die

Delegiertenversammlung.

Die „Arbeitsliste“ ergab, die Vertretung des Gauverbandes durch den Vorkseher Käsig, Verwalter, Hils, Schriftführer Frischleder und Beisitzer Hüb, ferner waren 10 Bezirksleiter und 61 Delegierte anwesend.

Die Verstärkung des Bureaus erfolgte durch die Wahl der Kollegen Fünd und Schindelhauer (Salle) als zweiter Schriftführer bzw. Führer der Rednerliste.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde dann der verstorbenen Gaumitglieder und insbesondere auch der Kollegen Beyer (Berlin) und Klapproth (Kannover) in ehrender Weise gedacht.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Jahresbericht und Rechnungslegung pro 1912 und Tarifliches wurden aus praktischen Gründen zusammengefaßt und vom Gauvorkseher behandelt, der darauf hinwies, daß auch der diesmalige Bericht rechtzeitig erschienen und auf vielfache Anregungen in ein moderneres Gewand gekleidet sei. Der Vorkseher hatte zu diesem Zweck und zur Erlangung andrer moderner Drucksachen einen Wettbewerb ausgeschrieben. Trotz der Ausführlichkeit des gedruckten Berichtes, aus dem einige Ziffern wiederbegeben sein mögen, sei noch manche Angelegenheit mündlich nachzuholen, für die eine öffentliche Behandlung nicht zulässig erschien. Die Mitgliederablaß stieg im Berichtsjahre von 3013 auf 3047. Die geringe Zunahme ist dem schlechten Geschäftsgange zuzuschreiben, wodurch eine starke Abwanderung verursacht wurde. Mit kaum nennenswerten Ausnahmen trafen die in unserm Gau Ausgelenkten dem Verbands bei, trotz angeregter Agitation der Gutenbergbünder, die sich sogar auf die Eltern der Ausgelenkten erstreckte. Beschäftigt waren unsere Mitglieder im Jahre 1912 in 93 Druckereien (88 im Vorjahre). Den 3047 Verbandsmitgliedern stehen 91 Gutenbergbünder und 532 Nichtorganisierte gegenüber. Die Zahl der Nichtorganisierten ist gegen das Vorjahr merkwürdigerweise gestiegen. Der Gauvorkseher erklärte das durch genauere Bearbeitung der statistischen Fragebogen, da eine Veränderung der Verhältnisse von keinem Orte gemeldet sei. Das Vermögen der Gaukasse verminderte sich um 1746,67 Mk. und betrug Ende 1912 41.000,86 Mk. Infolge der großen Arbeitslosigkeit wurden 15.605 Mk. für Zuschuß an Arbeitslose ausgegabt; eine noch nie erreichte Höhe. 1911 betrug die Ausgabe hierfür 10.825,50 Mk., also 4779,50 Mark weniger. Für Zuschuß an Kranke wurden 7892,85 Mark verausgabt (1911: 8726,55 Mk.). Die Rückvergütung an die Ortsvereine stieg von 4863,41 Mk. auf 5354,18 Mk. Das Vermögen der Ortsklassen stieg von 1013,55 Mk. auf 18712,40 Mk. Für die Verbandskasse ergab sich ein Überschuss von 36.603,82 Mk. Es sind im Jahre 1912 15.787,50 Mk. für Ortsunterstützungsmittel verausgabt als 1911, trotzdem die Mitgliederzahl nur um 34 gestiegen ist. Beweis genug für die große Arbeitslosigkeit im Jahre 1912. Das gewerkschaftliche Verständnis und die innere Durchbildung lassen noch manches zu wünschen

übrig. Aus allen Berichten erkäme die Klage über schlechten Verbandsbesuch und große Interesslosigkeit weiser Kollegenkreise. Den sammeltigen Kollegen müsse das gewerkschaftliche Gewissen geschärft und sie auf ihre Pflichten der Organisation gegenüber aufmerksam gemacht werden. Die meisten ahnten nicht einmal, wie schwer sie sich an den Interessen der Allgemeinheit vergehen. Die Prinzipale müßten sehen, daß hinter den Führern in jeder Beziehung auch die Kruppen stehen. Die gegenwärtigen Zeitaläufe wären wirksam nicht dazu angehen, den Kopf in den Sand zu stecken. Diese Interesslosigkeit mit dem Rufe nach mehr innerer Agitation in Verbindung gebracht, da wirße man nicht mehr, wie man das bezeichnen solle. Der Gauvorkseher sei aber den weitestgehenden Wünschen nach Referaten nachgekommen. Die Lehrlingsfrage weise gegen früher eine kleine Besserung auf. Der Vorkseher habe davon abgesehen, vor diesen Gaufang mit einem Antrag auf Beitragserhöhung — gewissermaßen als „Subtilitätsgabe“ — zu treten. Es müsse aber heute schon darauf hingewiesen werden, wenn keine Besserung eintreffe, daß wir dann vor diese Notwendigkeit gestellt würden. Die Spartenvereinigungen usw. hätten eine rege Tätigkeit entfaltet; leider sei jedoch wiederum zu betonen, daß die Prinzipale für die technische Weiterbildung der Kollegen sowohl als auch für die der Lehrlinge kein Geld übrig hatten. Der Schluß des Jahresberichts klang aus: „Arbeiten wir vereint die kommenden Jahre an der Kräftigung unserer Organisation, an unserer Durchbildung in jeder Beziehung, welche die notwendige Vorbedingung gewerkschaftlicher Erfolge ist.“

(Schluß folgt.)

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Machen. (Typographische Gesellschaft). Zu Beginn des zweiten Vierteljahrs wurde unter den Mitgliedern zwecks Erlangung eines Briefkopfes nebst Kuverts für unsre Gesellschaft ein Wettbewerb ausgeschrieben. Da wir finanziell noch auf sehr schwachen Füßen stehen, konnte nur ein Preis ausgeheft werden; die Verfasser der beiden nächstbesten Arbeiten sollten Anerkennungs schreiben erhalten. Leider war die Beteiligung eine unerwartet schlechte. Die Versammlung war für Ausführung des mit dem ersten Preis ausgezeichneten Entwurfs. Der Schriftschreiber und Stützerkursus hat am 11. Juni seinen Anfang genommen. Herr Birker, welcher vorher zu dem Vortrage „Der praktische Wert des Schriftschreibens und Stützerkursus“ gewonnen wurde, übernahm bereitwillig die Leitung. Die vorbildlich und wirkungsvoll ausgestalteten „Typographischen Mitteilungen“ finden allseitig Anklang und Interesse; sie werden auf Kosten der Gesellschaft für sämtliche Mitglieder bezogen. Von den zahlreichen Kundendungen verdienen besondere Hervorhebung: „Gezehlende Entwürfe zu Ehrenartikeln“. Mit dieser Stelle teilt die uns fernstehenden Kollegen zum wiederholtenmal auf die Vorteile aufmerksam gemacht, die ihnen gütlich geboten werden; sie finden hier immer Gelegenheit, das berufliche Können mehr und mehr zu vervollkommen.

Waldheim. Am 20. Juli fand hier eine Versammlung statt, zu welcher auch die Moschauer Kollegen erschienen waren. Bezirksvorsitzender Schneider (Heidelberg) erstattete in ausführlicher Weise Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Danzig und gedachte hierbei auch des 25-jährigen Vorstands Jubiläum des Kollegen Döblin. Daß sämtliche Kollegen mit dem Ergebnisse der Generalversammlung einverstanden waren, bewies die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung der Mitgliedschaften Waldheim und Mosbach gibt ihrer Betriedigung über den harmonischen Verlauf der Danziger Verbandsgeneralversammlung Ausdruck, stimmt den dort gefaßten Beschlüssen zu und spricht dem Kollegen Schneider für seine Tätigkeit gebührenden Dank aus.“

Anklam. In unsrer am 19. Juli fast vollständig besuchten Monatsversammlung wurden nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen der Kassen- und der Kartellbericht erstattet. Die vorliegenden Anträge zum Gaultage wurden eingehend besprochen. Hierauf gab der zum Besuche hier weilende Kollege Gröning (Berlin) ein interessantes Bild von den Verhandlungen und dem Verlaufe der Generalversammlung in Danzig. Seine Ausführungen über Statutänderungen, Unterfertigungsweesen usw. fanden ungeheilten Beifall. Verschiedene Anfragen wurden im gewöhnlichen Sinn erledigt und dienten vielfach zur allgemeinen Aufklärung. Die Versammlung bekundete ihr volles Einverständnis über das Verhalten ihrer Führer und des „Korr.“ und dankte dem Referenten für seinen inhaltlich wertvollen Vortrag. Die Verehlung eines Artikels über unsre Generalversammlung in Danzig aus dem Blatte einer sich schriftlich nennenden Gemeinschaft löste große Heftigkeit aus und unser anwesender Gast konnte auf Grund seiner Erfahrungen das Spinn- und Wiggengewebe mit Wichtigkeit zerpfücken. Andererseits wurde aber in diesem Falle gewinnlich, unsre Versammlungszeit mit ersterem Stoff auszufüllen. Die Versammlung verlief äußerst anregend.

Bezirk Erfurt. Die zweite ordentliche Bezirksversammlung fand am 20. Juli im „Neuen städtischen Bürgeraal“ in Suhl unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen statt. Von 406 zum Bezirk gehörigen Mitgliedern waren 280 aus zehn Orten erschienen. Nachdem der Obmannverein „Gutenberg“ (Erfurt) zur Begrüßung den Ungewöhnlichen Rannacheror „Die neue Welt“ ergalt vorgelesen, wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Rose in üblicher Weise gelehrt. Zum Kassenberichte, der gedruckt vorlag, waren keine Montia zu machen; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter „Mitteilungen“

wies der Vorkseher darauf hin, daß seine Bemühungen betreffs der beiden Greutener Lehrdruckerereien doch von Erfolg gewesen seien; denn es sei diese Oflern von einer Lehrlingseinstellung abgesehen worden. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung von der Danziger Generalversammlung, die von unserm Delegierten Kollegen Stange in ausführlichem Referate gegeben und von der Versammlung ohne Diskussion entgegengenommen wurde. Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die außerordentlich stark besuchte Bezirksversammlung ist unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse mit den in Danzig gefaßten Beschlüssen einverstanden. Ganz energisch aber protestiert sie gegen das eigenartige, von keiner Sachkenntnis getriebene Urteil der Dresdener Gewerkekammer unserm Verband und der Tarifgemeinschaft gegenüber und erwartet, daß vom Verbandsvorstande Schritte getan werden, die sich unerhörte Berücksichtigungen unser Führer zur Unmöglichkeit machen.“ Der Bezirksvorkseher wurde in seiner jetzigen Zusammenfassung ein bloc wiedergebührt. Zur Wahl von zehn Gaultagsdelegierten wurden 18 Kandidaten aufgestellt. Die nächste Versammlung findet 1914 in Frankenhäusern am Kaffhäuser Kaff. § 1 des Bezirksreglements, laut welchem jetzt nur das Fahrgeld zu den Bezirksversammlungen aus der Bezirkskasse bezahlt werden konnte, fand eine durch die Praxis gebotene redaktionelle Änderung. Damit waren die Verhandlungen beendet.

Guben. Am 20. Juli kamen die Kollegen aus den Druckereien Krossen a. D., Fürstenberg, Sommerfeld und Jülichau zu einer Versammlung in Guben zusammen, um den Bericht über die Danziger Generalversammlung entgegenzunehmen. An Stelle des erkrankten Bezirksvorsitzenden Otto Müller (Frankfurt a. D.) erschien als Referent Kollege Wbrecht (Berlin). Seine vortrefflichen Ausführungen haben jedenfalls ihren Zweck nicht verfehlt. Dies bewies auch der reiche Beifall. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie man in Anbetracht des interessanten Vortrags erwartet hatte. In der Diskussion wurde um Auskunft über die Stellungnahme der Generalversammlung zum Falle Reich ersucht, die der Referent ausführlich gab. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung der in Guben anwesenden Kollegen der Druckerei Krossen a. D., Fürstenberg, Guben, Sommerfeld und Jülichau erklären sich mit den auf der Danziger Generalversammlung gepflogenen Verhandlungen in jeder Beziehung einverstanden. Besonders begrüßt wurde die Stellungnahme gegenüber den den Behältnissen feindlichen Richtungen im Prinzipalslager.“ Anwesend waren aus Krossen a. D. 1, Fürstenberg 2, Guben 28, Sommerfeld 6 und Jülichau 4 Kollegen.

Kronach. Am 17. Juli fanden sich die Verbandsmitglieder von Kronach (7), Nichtenfels (2) und Staffelstein (1) im „Bürgerbräu“ zu Nichtenfels zu einer Versammlung ein, um ein Referat ihres Gauvorksehers Seiß (München) zu hören. Der Referent verstand ausnahmslos der verhältnismäßig kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, die Ergebnisse der Verhandlungen der Danziger Generalversammlung uns klar und deutlich und mit weitgehender Sachkenntnis zu zergliedern und erstete dafür den aufrichtigsten Dank der Versammelten. Leid hat es allen Kollegen getan, daß wir nicht noch länger nach Schluß des Referats beisammen bleiben konnten, um noch ein paar Stunden geistlich-kollegiales Leben genießen zu können; zudem wir so selbstgeschloffen in unsern „Wessern“ hausen müßten und so selten jemanden von unsrer Verwaltung zu sehen bekommen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Ferien! Die Buchdruckerei von Heinrich Wendt („Arns-wader Zeitung“) in Arns-walde gewährte dem gesamten Personal anlässlich der Hochzeitsfeier des Prinzipals drei freie Tage ohne Karenzzeit.

Genossenschaft für Ferien- und Erholungsheime. Es dürfte keine Angelegenheit geben, über welche weniger Meinungsverschiedenheiten herrschen als über die Notwendigkeit, einmal im Jahre Ferien zu machen. Einmal soll der beruflich tätige Mensch ausspannen, einmal soll er die Möglichkeit haben, die Geleise der alltäglichen Arbeit zu verlassen, einmal soll er an nichts zu denken brauchen, was mit Arbeit zusammenhängt. Leider hat nur ein winziger Bruchteil der Menschen die Möglichkeit, Körper und Geist die so sehr notwendige Rast zu gönnen. Millionen von Arbeitern sind Ferien eine schöne, aber leider nur recht selten zu benutzende Einrichtung. Ein paar Unternehmer nur, leicht aufzuzählen, gewähren ihren Arbeitern Ferien; im übrigen überläßt man es den Genossenschaften auch hier, dem Privatkapital um ein großes Stück voraus zu sein. Selbst aber wenn Arbeitern Ferien gewährt werden, können sie oftmals nicht die rechte Verwendung finden, weil zu einem Ausflucht außerhalb der eigenen Behausung die Mittel fehlen. Auch hier ist es nun wieder die Konsumgenossenschaftsbewegung, welche alle Schwierigkeiten zu überwinden vermag. In der Schweiz geben die Konsumgenossenschaften augenblicklich daran, wenn möglich für alle ihre Angehörigen die Erholungs- und Ferienheime zu organisieren. Es fehlte eben bisher an der Organisation, die so viel schon möglich machte, was dem einzelnen Menschen unerreichtbar blieb. Es soll die Errichtung von Ferienheimen durch eine zu gründende Genossenschaft herbeigeführt werden. Mitglieder dieser Genossenschaft können sowohl Gesellschaften als auch Einzelpersonen werden. Die Mitgliederzahl wäre, wie in einer Konsumgenossenschaft, nicht zu beschränken. Die Verwaltung soll durchaus demokratisch sein. Jede gewinn-

flüchtige Absicht wäre ausgeschlossen. Der Zweck der Genossenschaft soll folgendermaßen erreicht werden: a) durch Errichtung, Betrieb oder Miete eines oder mehrerer Ferien- und Erholungsheime sowie sonstiger damit in Verbindung stehender Anstalten; b) durch Abschluss von Rabattverträgen mit Kuranstalten, Pensionen, Restaurants, Verkehrsanstalten usw.; c) durch Beteiligung an Werken und Anstalten, durch die die Interessen der Genossenschaft gefördert werden; d) durch Ansammlung eines unteilbaren Genossenschaftsvermögens; e) durch Anschluss an den Verband schweizerischer Konjunkturvereine. Die zu errichtenden Anstalten sollen in erster Linie die Mitglieder der Genossenschaft und deren Angehörige berücksichtigen. Die Mittel zum Betriebe der Genossenschaftsanstalten sollen vornehmlich durch Herausgabe niedrig bemessener Anteilscheine beschafft werden, damit eine Massenbeteiligung möglich ist. Man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die Genossenschaft in recht baldiger Zeit ihre Tätigkeit beginnen werde. Wenn die Genossenschaft für Ferienheime ihre Tätigkeit auch klein und bescheiden beginnt, so würde sie sich doch gewiß als neue, weithin leuchtende Blume dem Kranze genossenschaftlicher Institutionen einreihen.

Neue Schwierigkeiten im Malergewerbe. Die Unternehmer im Malergewerbe geben sich die erdenklichste Mühe, offen darzulegen, daß sie nur durch die Macht der Verhältnisse und den Druck der Arbeiterorganisation gezwungen, die letzten Schiedssprüche angenommen und den von ihnen empfinden Kampf aufgehoben haben. Wäre ihnen nicht der Verband der Maler im Wege gewesen, sie hätten ihre vorgefaßte Absicht, jede Lohnerhöhung abzuwehren, durchgeführt. Nun es anders gekommen ist, üben sie Repressalien und offene Obstruktion. So verharret der Gau Rheinland-Westfalen noch heute im Tarifbruch und lehnt die Anerkennung des Reichstarifvertrags nach wie vor ab. Dabei bedient er sich weiter des Terrorismus mit Hilfe der Zwangsinnungen und der Farbenlieferanten. Der Unternehmerverband aber sieht dem Abfalle seines Gauverbandes ratlos zu. Im übrigen Deutschland erschwert der Unternehmerverband die örtlichen Verhandlungen durch die Weigerung, die Siffer 4 des letzten Schiedsspruchs zu erfüllen, wonach dort, wo während des Kampfs für die Gehilfen günstigere Einzeltarife in größerer Zahl abgeschlossen werden, diese allgemein durchgeführt werden soll. Außerdem verweigert er die allgemeine Durchführung der Lohnerhöhungen. Die örtlichen Verhandlungen leiden unter diesem Widerstande der Unternehmer, wenn sich auch die beteiligten Arbeiter vielfach durch eignes Vorgehen ihr Recht verschafft haben. Sollen die bestehenden Schwierigkeiten abgestellt werden, wäre eine Sitzung des Haupttarifamts dringend notwendig; der Verband der Maler hat darum schon wiederholt ersucht. Während die Unparteilichen sich diesen Anträgen der Gehilfenorganisation durchaus anschließen und alles aufbieten, um eine Verhandlung zustande zu bringen, sucht der Unternehmerverband dieses Vorgehen mit allen Mitteln zu durchkreuzen. Er muß annehmen, daß vor dem Haupttarifamt sein tarifwichtiges Schreiben einfließt und seine Mitglieder, wenn sie zur Erfüllung ihrer Pflichten formell gezwungen würden, eine neue Enttäuschung erleben würden. Das aber würde das Ansehen und die Mitgliederzahl des so gern nach außen renommierten Unternehmerverbandes schwer beeinträchtigen. Trotz des Widerstandes der Unternehmer erreichte es der Vorstand des Verbandes der Maler dennoch, daß für den 22. Juli eine Sitzung des Haupttarifamts festgesetzt und die beteiligten Personen dazu eingeladen wurden. Doch die Sitzung wurde hinfertig. Als die verschiedensten Ausflüchte nichts nützten, depechierte der Vorsitzende des Unternehmerverbandes einfach den Unparteilichen, daß er und seine Leute nicht erscheinen würden und setzte es auf diese unerhörte Weise durch, daß der Termin in letzter Stunde abgesagt wurde. Wie schlimm muß es um die Sache der Schlichter stehen, wenn sie in dieser Weise kneifen. Natürlich ist aufgehoben nicht etwa aufgehoben. Es wird den Herren nichts geschenkt werden und die Folgen der von ihnen betriebenen Diskretionierung des Tarifgedankens werden die Unternehmerverbänder noch zeitig genug zu spüren bekommen. Wohl rechnen die Unternehmer mit der jetzt nicht gerade günstigen Konjunktur. Doch die Zeiten ändern sich wieder und dann kann der Spieß auch einmal umgedreht werden. Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung des Malerverbandes auf Stärkung des Kampffonds und den inneren Ausbau der Organisation durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung werden der Gehilfenorganisation und den organisierten Malergehilfen so zum Vorteile gereichen, daß sie in kurzer Zeit kräftiger und kampffähiger dastehen werden als je. Dafür bürgt die verständnisvolle Aufnahme, die die feinschneidenden Beschlüsse bei der überproben Anzahl der Malergehilfen finden. Und die noch indifferent oder schmolend behaltene werden, werden durch das arbeiterfeindliche und anmaßende Vorgehen der Unternehmerverbänder während und nach dem letzten Kampf im Malergewerbe dem Verbands der Maler sicher bald beifreien.

Zum Werftarbeiterstreik in Hamburg. In den letzten Tagen haben verschiedene am Streik beteiligte und interessierte Gewerkschaften in Vertrauensmänner- oder Mitgliederversammlungen Stellung zur Streiksituation und zum Verfahren der Verbandsleitungen genommen. Die Versammlung der Schmiede und Hefeschmiede verurteilte die Haltung des Zentralvorstandes. Es kam die Meinung zum Ausdruck: Die Werftarbeiter dürfen den Werksgewaltigen nicht ausgeliefert werden. Eine Resolution, die den Werftarbeiter die Sympathie der Versammlung ausspricht und vom Vorstand erwartet, daß er die Bewegung sanktioniert, wurde angenommen. Der Erhebung von Ertrabeiträgen in Höhe von 1 Mk. bis 4 Mk. pro Woche wurde zugestimmt. In einer Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes legte ein

Vertreter des Vorstandes die Gründe dar, die maßgebend für die Stellung der Organisationsleitung waren. Nach langer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Delegiertenversammlung sämtlicher Branchen des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Hamburg, bedauert auf lebhafteste die skandalwüdrige Arbeitsereignisse auf den Werften. Es kann aber unserer Kollegenchaft kein Vorwurf gemacht werden, da für dieselbe nach Lage der Dinge die Weiterarbeit unmöglich war. Die Versammlung bedauert den Standpunkt der Hauptvorstände der beteiligten Gewerkschaften, durch welchen die Streikenden den Werksgewaltigen auf Gnade oder Ungnade überliefert sind. Sie fordern den Hauptvorstand dringend auf, unverzüglich seine Genehmigung zum Streike zu geben und den Streikenden die skandalmäßige Unterstützung zu zahlen.“ Einen Antrag der Ortsverwaltung zur Aufbringung von Mitteln zur Unterstützung der Streikenden lehnten die Delegierten ab. Die Form- und Gießerarbeiter nahmen ebenfalls zu dem Streike der Werftarbeiter Stellung. Die Haltung der Zentralvorstände wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Eine Sympathieresolution wurde angenommen. In ihr heißt es: „Die Versammlung fordert die gesamte Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle Hamburg auf, dafür einzutreten, daß dem Hauptvorstande das Verfügungsrecht über unsere Lokalkasse abgeprochen wird und die Lokalkasse im Interesse der Werftarbeiter in Anspruch genommen wird.“ Ein Ertrabeitrag von 50 Pf. bis 2 Mk. wurde angenommen. Die Graveure, Zifeure, Gold- und Silberschmiede nahmen in ihrer Versammlung eine andere Stellung ein. Sowohl das Verhalten der Werftarbeiter als das der Vorstände wurde kritisiert. In einer Resolution heißt es: „Die Verammelten erblicken in der am 14. Juni erfolgten Arbeitsüberlegung einen groben Verstoß gegen das Verbandsstatut und befürchten bei Wiederholung derartiger Angelegenheiten eine schwere Schädigung der Arbeiterorganisationen. Um aber die Situation nicht noch zu verschlimmern und die Fortentwicklung des Verbandes nicht noch weiter zu gefährden, erklärt sich die Versammlung mit den freiwilligen Ertrabeiträgen einverstanden.“ Die Beiträge wurden auf 50 Pf. bis 3 Mk., je nach der Höhe des Verdienstes, festgelegt. Eine Versammlung der Schiffszimmerer beschloß einen Ertrabeitrag von 1,50 Mk., den die arbeitenden Kollegen während des Streiks allwöchentlich zu leisten haben. Die Befürchtung, daß ein größerer Zug von Streikbrechern zu erwarten sei, war bisher unnötig. Diejenigen, die noch keine Unterstützung zu bekommen haben, sind zum großen Teil abgereift, oder sie warten auf die Entscheidung der außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiter. Die Selben versuchen, Streikbrecher heranzuschaffen. Einen nennenswerten Erfolg haben aber auch sie nicht zu verzeichnen. Die verschiedenen Gruppen des Metallarbeiterverbandes haben jetzt sämtlich die Erhebung eines Ertrabeitrags beschlossen. Der Bund der Techniker ermahnt in einem, inoffiziellen, keine Mitglieder, die nicht an Streikbrechertätigkeit herzugeben und Arbeitern, die sie bisher nicht verrichtet haben, nicht zu übernehmen. Trotzdem haben sich verschiedene Techniker und Beamte des Kalkulationsbureaus der Vulkanwerk freiwillig zu Streikbrechertätigkeiten hergegeben. Wie sich die Bundesleitung zu diesen Taten stellen will, muß abgewartet werden. Es müßte den im Bund organisierten Technikern doch möglich sein, ihre Mitglieder von solchem Verrate der Streikenden zurückzuhalten.

Statistik der Lebensmittelpreise. Nach den „Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise“ hat der Monat Juni im Anschluß an die Ermäßigungen der letzten Monate eine weitere Abwärtsbewegung der Kosten des wöchentlichen Lebensmittelbedarfs auf der Grundlage der unsern Lesern bekannten dreifachen Marinisedatenration, die als ausreichend für eine vierköpfige Arbeiterfamilie erachtet werden kann, gebracht. Diese Erleichterung hielt sich jedoch bedauerlicherweise in engeren Grenzen als jene der vorausgegangenen Monate April und Mai. Die in Frage kommende Indexziffer stand im Durchschnitt von 193 Städten auf 25,35 Mk., gegen 25,43 im Mai. Für die letzten drei Jahre ergibt sich demnach auf der gleichen Basis für die jedesmalige erste Hälfte des Jahres folgende Zusammenstellung der Lebensmittelpreise im Reichsdurchschnitt in Mark:

	1911	1912	1913	Steigerung von 1911 bis 1913
Januar	23,50	24,69	26,01	+ 2,51
Februar	23,61	24,83	25,86	+ 2,25
März	23,60	25,18	25,83	+ 2,23
April	23,81	25,74	25,61	+ 1,81
Mai	23,72	25,52	25,43	+ 1,71
Juni	23,97	25,85	25,35	+ 1,38
+ Steigerung oder -				
Beminderung seit Jahresanfang				
	1911	1912	1913	1913
				Steigerung von 1911 bis 1913
Halbjahrsdurchschnitt	23,70	25,30	25,68	8,3 Proz.
				+ 6,7 Proz.

Die schon für den Monat Mai berichtete Entspannung seit Jahresanfang hat sich demnach von 1,6 Proz. auf 2,2 Proz. erhöht; im Gegenstze zu der gleichen Periode der beiden vorhergehenden Jahre, wo eine Steigerung der Reichsindexziffer um 2,0 bzw. 3,8 Proz. zu verzeichnen war. Trotzdem beträgt die Steigerung der Lebensmittelpreise im Durchschnittsvergleich des ersten Halbjahrs von 1911 und desjenigen des laufenden Jahres immer noch 8,3 Proz. Außerdem stand die Indexziffer für den Monat Juni d. J. noch über dem Reichsdurchschnitt in folgenden Landes- teilen: Elbaf-Loffringen mit 27,27 (Mühlhausen i. C. 28,77),

Rheinland mit 26,44 (Köln 28,41), Baden mit 26,32 (Konstanz 28,68), Provinz Sachsen 25,97 (Magdeburg 27,03), Hessen mit 25,96 (Worms 26,40), Provinz Westfalen mit 25,72 (Miedlinghausen 28,59), Bayern mit 25,70 (Regensburg 27,54), in den thüringischen Staaten mit 25,60 (Münsterberg 26,22), in der Provinz Hessen-Nassau mit 25,45 (Wiesbaden 27,66) und in der Provinz Brandenburg mit 25,44 (Spandau 26,85).

Geforden.

In Beuthen (O-Schl.) am 25. Juli der Seher Karl Hoiniks, 39 Jahre alt — Brustkreisländigung.
In Eberbach am 19. Juli der Buchdruckereibesitzer Joseph Wiespach, 63 Jahre alt.
In Hamburg am 18. Juli der Buchdruckereibesitzer Heinrich Krogmann, 76 Jahre alt.
In Münster i. W. am 29. Juli der Seher Anton Brink, 21 1/2 Jahre alt — Lungen- und Magenüberkultose.
In Raumburg am 15. Juli der Seher Willi Kröpisch, 33 Jahre alt.
In Polen am 22. Juli der Seher Leo Rempinski, 34 Jahre alt.
In Eirschneureuth am 18. Juli der Buchdruckereibesitzer Joseph Schützinger aus Würth a. D., 54 Jahre alt.

Briefkasten.

P. P. in Beuthen: 2,15 Mk. — H. Schw. in B.: Derartige Mahnbriefe werden im „Korr.“ nicht unter Verbandsnachrichten veröffentlicht. — S. D. in Münster: 2 Mk. — M. B. in Dr.: Das Geschreibsel in der Tagespresse über die Bindlerlager steigt ja auf die Dächer! — P. K. in Fr.: Insemen Lagerbestände zugeführt; wird wohl Nr. 60 haben. — Nach C.: Nun wird das einfältige und hohle Zeug des Bindlers Viehl gar noch als Wackelzettel verkauft. Wie inhaltsarm doch viele Zentrumsblätter sind! — P. D. in C.: Sie also haben gute Erfahrungen mit der Firma Bial & Freund gemacht. — W. M. in M.: Der „Arbeitsgeber“ leistet sich in der Tat ein gutes Stück unfreiwillichen Humors, wenn er zu der Schmühdreherei in der „Zeitschrift“ schreibt: „Sollen wir sagen, daß wir dem Verbands noch mehr derartige „Erfolge“ gönnen?“ Die Redaktion des Schlichtermagazins muß auf dem Monde leben, sonst hätte sie von unserer Antis-Schmühdreherei wohl schon etwas erfahren. Aber wir sind mit diesem Anmerkungsliste ganz zufrieden.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissofplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Nürnberg. Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, den Galvanoplastiker Joseph Gärtner (wohnt in Nürnberg i. d. Stellung) darauf aufmerksam zu machen, daß er seine Adresse sofort an den Schiedsgerichtspräsidenten Ed. Baltes, hier, Bärenschanzstraße 33/III, mitteilt, da eine Klage gegen ihn wegen Nichterhaltung der Kündigungszeit eingeleitet ist.

Abreisenveränderungen.

Nordwestgau. Infolge Krankheit des Gauvorsitzenden werden die Geschäfte bis auf weiteres vom zweiten Vorsitzenden, S. Rühorn, Falkenstr. 4, geführt; desgleichen übernimmt Genannter während der Ferien des Gauverwalters, vom 28. Juli bis 10. August, dessen Obliegenheiten.

Arbeitslosenunterstützung.

Nürnberg. Für den Schriftfeger Otto Scharnow liegen zwei amtliche Postkassen mit dem Poststempel Königberg bei dem Reichssekretär in Nürnberg, es werden die Funktionäre gebeten, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

Berichtungs-Kalender.

Affcherstein. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 9 Uhr, im „Räuberhof“.
Auerbach-Giesel-Galgenstein. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, in der „Sonhalle“ in Mühlgraben.
Berlin. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 3. August, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstr. 15.
Beuthen (O-Schl.) Maschinenleherversammlung Sonntag, den 10. August, im „Neuen Schützenhaufe“.
Breslau. Maschinenleherversammlung am Montag, den 4. August, im „Goldnen Wachs“, Urfahrerstraße.
Darmstadt. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bismarckstraße 19.
Düsseldorf. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 2. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Restaurant „Vogelius“ in der Bohl, Kapellstraße 25.
Gelsenkirchen. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Eilers, Kaiserplatz.
Gera. Maschinenleherversammlung am Mittwoch, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Goldne Krone“, Reichstraße.
Görlitz. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Hotel de Russie“, Mühlstr.
Guben. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, in Markt-Brandenburg.
Mainz. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 3. August, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Brauhaus zum Gulenberg“.
Münster i. W. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Noritzheim. Maschinenleherversammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Stühliker“, Reuchlinstraße.
Potsdam. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 Uhr, im „Friedrichsgraben“, Alte Luisenstraße.
Rehden. Versammlung Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Wils, am Markt.
Rüdingen. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Hanskerl“.
Waldsee. Bezirksversammlung Sonntag, den 3. August, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Bärenkeller“.
Zwickau. Versammlung heute Sonnabend, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Belvedere“, Talstraße.

